

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr

Berlin, den 25. März 2024

Klimaschutz und Umwelt

- Z P 4 -

Telefon 9(0) 25 - 1966

Sabine.Sabathil@SenUMVK.berlin.de

1582

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

Beauftragung einer Gutachten- und Beratungsdienstleistung

Vergabe einer Sozialberatung

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14. Dezember 2023

Drucksache Nr. 19/1350 (A.20) - Auflagen zum Haushalt 2024/2025 -

Kapitel 0700 - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel 54010 - Dienstleistungen -

		Teilansatz für Sozialberatung
Ansatz 2023:	261.000 €	50.000 €
Ansatz 2024:	334.000 €	62.000 €
Ansatz 2025:	409.000 €	62.000 €
Ist 2023:	147.135,16 €	45.587,59 €
Verfügungsbeschränkungen 2024:	- €	- €
Aktuelles Ist (Stand 29.02.2024):	14.759,51 €	2.854,10 €
Gesamtausgaben: (vom 08.2024 bis 31.12.2025, mit Verlängerungsoption für 2026)		150.000 €

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Senatskanzlei und die Senatsverwaltungen und deren nachgeordnete Behörden und die Bezirksverwaltungen werden aufgefordert, den Hauptausschuss rechtzeitig vor Inangriffnahme einer öffentlichen Auftragsvergabe von Gutachten- und Beratungsdienstleistungsaufträgen mit einem Bruttoauftragswert von mehr als 10.000 Euro zu unterrichten und zu begründen, warum die zu leistende Arbeit nicht von Dienststellen des Landes Berlin erledigt werden kann. In dem Fall, dass der Bruttoauftragswert 50.000 Euro überschreitet, ist die Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin einzuholen.“

Ausgenommen von der Vorlagepflicht sind ausschließlich technische Gutachten sowie Gutachten und Beratungsdienstleistungen, die sich auf konkrete Baumaßnahmen beziehen.“

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss stimmt der beabsichtigten Ausschreibung einer Sozialberatung mit einem geschätzten Auftragswert in Höhe von bis zu 150.000 Euro (brutto) zu.

Hierzu wird berichtet:

Nach der Rahmen-Dienstvereinbarung Gesundheitsmanagement (vom 20. November 2020) sollen gesundheitsfördernde Angebote der Dienststellen im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten vorgehalten oder entwickelt werden, die sich an einem modernen und möglichst wissenschaftlich abgesicherten BGM orientieren.

Ein zentraler Baustein dieses Angebots ist die Sozialberatung, die den Beschäftigten der SenMVKU Beratung, Coaching und Unterstützung bei persönlichen, familiären, beruflichen, finanziellen und praktischen Fragen anbietet und damit zur Gesundheitserhaltung und Steigerung der Arbeitsfähigkeit beiträgt.

Die bisher von der INSITE-Interventions GmbH extern angebotene anonyme Sozialberatung (mit der die SenMVKU sehr positive Erfahrungen gesammelt hat) läuft am 31.07.2024 aus. Um eine reibungslose Weiterführung der Sozialberatung ab dem 01.08.2024 zu ermöglichen, soll die Sozialberatung im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung mit einem geschätzten Auftragswert von insgesamt 150.000 Euro brutto unmittelbar nach Zustimmung durch den Hauptausschuss erneut vergeben werden (26.000 Euro (brutto) für August bis Dezember 2024, 62.000 Euro (brutto) für 2025, 62.000 Euro (brutto) als Option für 2026).

Für die Sozialberatung stehen im Kapitel 0700 / Titel 54010 im Doppelhaushalt 2024/ 2025 62.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Aufgrund der IST-Ausgaben für die Sozialberatung 2023 und 2024 wird davon ausgegangen, dass die Mittel für die Beauftragung bis zum 31.12.2025 ausreichend sind. Darüber hinaus ist eine Option für die Verlängerung des Vertrags vom 01.01.2026 bis zum 31.12.2026 vorgesehen. Die beabsichtigte Verlängerung kann jedoch nur vorgenommen werden, sofern entsprechende Mittel im Doppelhaushaltsplan 2026/2027 zur Verfügung stehen und unterliegt insoweit einem Finanzierungsvorbehalt.

Die gewünschte 24/7 Erreichbarkeit an 365 Tagen und die telefonische bzw. persönliche Beratung der rund 1.500 Beschäftigten der SenMVKU u. a. durch Psychologen und Psychologinnen mit therapeutischer Erfahrung können nicht von der SenMVKU oder anderen Dienststellen des Landes Berlin erbracht werden.

In Vertretung

Britta Behrendt
Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt